



Niederschrift

74. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.08.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:17 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Kaminski, Peter	DIE LINKE,	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	ab 17:05 Uhr

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam_
Frau Hüneke, Fraktion Grüne/ B 90
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt_
Herr Richter, KIS
Frau Ewers, FB Schule und Sport
Frau Kluge, Herr Schiemann, FB Ordnung und Sicherheit
Herr Lentz, FB Jugendamt
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.07.2007
- 2 Befristete externe Einstellung einer Sachbearbeiterin/ eines Sachbearbeiters für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 07/SVV/0609
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 3 Externe Stellenbesetzung "Sozialarbeiter/in"
Vorlage: 07/SVV/0619
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 4 Befristete externe Einstellung SB Gewerbeangelegenheiten
Vorlage: 07/SVV/0620
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 5 Externe Besetzung eines/r Mitarbeiters/in Servicepersonal im Naturkundemuseum
Vorlage: 07/SVV/0650
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Solar-Kommune
Vorlage: 07/SVV/0586
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 6.2 Bericht zum Standortentwicklungskonzept (SEK) an die IMAG / Staatskanzlei
Vorlage: 07/SVV/0643
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6.3 Bericht zur EU-Wasserrahmenrichtlinie
gemäß Vorlage: 07/SVV/0094
- 6.4 Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand der Umsetzung der im "Battis-Bericht" aufgeführten Empfehlungen
(aus der Sitzung vom 11.07.2007)
- 6.4.1 Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des "Battis-Berichtes"
Vorlage: 07/SVV/0657
Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung und Bauen
- 6.5 Direktabrechnung Straßenreinigung;
Synopsis Straßenreinigung, Vergleich zwischen Landeshauptstadt Potsdam und Stadtwerke Potsdam
(aus der Sitzung vom 11.07.2007)
- 6.6 Einsatz eines Sozialarbeiters an der Fontane-Schule
auf Antrag Fraktion DIE LINKE

- 6.7 Radweg im Babelsberger Park
Vorlage: 07/SVV/0656
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6.8 Pacht für Erholungsgrundstücke
auf Antrag Fraktion DIE LINKE
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11.07.2007

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister in Absprache mit der Fraktion DIE LINKE vor, unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ den Tagesordnungspunkt 6.5 „Direktabrechnung Straßenreinigung“ zu verschieben und in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.09.07 zu behandeln. Dafür werde eine Information von Herrn Paffhausen zu den Strompreiserhöhungen gegeben. Im Weiteren liege ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Landtagsneubau mit der DS 07/SVV/0680 vor, der in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen werde solle. Dieser, so der Oberbürgermeister, werde **vor** dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ behandelt. Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 73. (außerordentlichen) Sitzung vom 11.07.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Befristete externe Einstellung einer Sachbearbeiterin/ eines Sachbearbeiters für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Vorlage: 07/SVV/0609

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der befristeten externen Einstellung einer Sachbearbeiterin/eines Sachbearbeiters für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit 1,00 VZE für sechs Monate wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3 Externe Stellenbesetzung "Sozialarbeiter/in"
Vorlage: 07/SVV/0619
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 353 300 06 „Sozialarbeiter/in“ im Fachbereich Jugendamt wird mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden, befristet für 2 Jahre mit der Option der Verlängerung, extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 Befristete externe Einstellung SB Gewerbeangelegenheiten
Vorlage: 07/SVV/0620
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der befristeten externen Einstellung einer/s SB Gewerbeangelegenheiten 1 VZE für 6 Monate in der AG Gewerbeangelegenheiten im Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Fachbereich Ordnung und Sicherheit wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 5 Externe Besetzung eines/r Mitarbeiters/in Servicepersonal im Naturkundemuseum
Vorlage: 07/SVV/0650
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Befristete externe Einstellung eines Servicemitarbeiters/in (Kassen- und Aufsichtspersonal) für das Naturkundemuseum ab 1. September 2007 zunächst bis zum 31.12.2007, längstens bis zur Rückkehr des Stelleninhabers. Die Dauer richtet sich nach dem Zeitraum der Arbeitsunfähigkeit des Mitarbeiters.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

neu Landtagsneubau
Vorlage: 07/SVV/0680
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg erläutert, dass es Anliegen des Antrages sei, die städtischen Interessen mit den Interessen des Landes zu vereinbaren. Er habe zu dem Vorschlag der gemeinsamen Sitzung bereits Gespräche im Land geführt und eine grundsätzliche Bereitschaft für dieses Anliegen erfahren. Allerdings seien der Hauptausschuss des Landes und der Hauptausschuss der Stadt schlecht mitein-

ander vergleichbar und so könne sich bei der Umsetzung eine Veränderung bezüglich des Gremiums ergeben.

Herr Schubert spricht sich für den Antrag aus und dafür, dass die Stadt mit einem Gesprächsangebot in den Landtag gehe. Bezüglich der Gremien sollte der Hauptausschuss des Landes nicht so „festgeklopft“ werden, da es auch der Bauausschuss sein könne, der hierfür besser geeignet sei.

Herr Schüler meint, dass sich ihm der Antrag nicht erschließe, denn beide Gremien hätten für den Landtagsneubau keine Kompetenzen. Darüber hinaus sei nicht erkennbar, welches Ziel und welches Ergebnis damit erreicht werden solle und so halte er den Antrag für überflüssig. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass ihn diese Auffassung überrasche, da insbesondere die Grünen das größte Unverständnis zum Verfahren und gegenwärtigen Sachstand gezeigt hätten.

Herr Bretz betont, dass die Fraktion DIE LINKE das Anliegen bereits bei der Beschlussfassung zum B-Plan angekündigt und die Fraktion CDU sich dafür ausgesprochen habe. Jetzt werde seine Fraktion dabei bleiben und dann könne man sehen, was „Sinn und Unsinn“ dieses Antrages sei.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Hauptausschuss spricht sich dafür aus, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Hauptausschuss des Landtages über anstehende Probleme im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Landtagsgebäudes auf dem Alten Markt zu diskutieren.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Anliegen an den Präsidenten des Landtages heranzutragen, um möglichst kurzfristig eine solche gemeinsame Sitzung zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Solar-Kommune

Vorlage: 07/SVV/0586

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage und bittet, offene Fragen zu stellen.

Frau Bankwitz betont, dass sie sich über die Aktivitäten gefreut habe; nach einem Besuch im Internet über den Auftritt doch etwas enttäuscht war. Sie wünsche sich von der Verwaltung, dass das Ziel, „Solar-Kommune“ zu werden, mit Engagement verfolgt werde. Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, was sie darunter verstehe, verweist Frau Bankwitz auf zahlreiche Ideen und Anregungen, die im Internet zu finden seien.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.2 Bericht zum Standortentwicklungskonzept (SEK) an die IMAG / Staatskanzlei

Vorlage: 07/SVV/0643

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Oberbürgermeister verweist auf das im letzten Jahr verabschiedete SEK und

den in der Mitteilungsvorlage dargestellten Stand der Projekte, für die von der IMAG noch „Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf“ festgestellt wurde. Er bittet Herr Goetzmann, die Kernpunkte zusammenzufassen.

Herr Goetzmann erläutert an Hand visueller Darstellungen den aktuellen Sachstand und geht dabei auf die Projekte Bahnhof Golm, Straßenanbindung Potsdam – Flughafen BBI sowie Straßenbahn- und Fußgängerbrücke – Lange Brücke ein. Für die Projekte Schienenanbindung Potsdam - Flughafen BBI, die Wissenschaftsbahn und den Wissensspeicher Stadt- und Landesbibliothek bestehe Prüfungs- und Konkretisierungsbedarf.

Am 25.10.2007 werde über 4 Projekte vertieft beraten, wozu neben den letztgenannten Projekten auch das touristische und kulturelle Management gehöre.

Bezüglich des INSEK informiert Herr Goetzmann, dass dieses beim Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung liege, derzeit jedoch wegen des von Brüssel noch nicht genehmigten operationellen Programms auch noch nicht bearbeitet werden könne. Er verweist im Weiteren darauf, dass der Beteiligungsprozess fortgeführt und die Anregungen aus dem Bürgerforum im März geprüft werden. Für den Monat November sei ein zweites Bürgerforum geplant.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau B. Müller nach, ob das Gutachten für die Bahnanbindung BBI ausgereicht werden könne. Der Oberbürgermeister schlägt vor, dieses im Hauptausschuss am 12.09.2007 vorzustellen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum in der Mitteilungsvorlage bezüglich des Wissensspeichers eine so „vorsichtige Formulierung“ gewählt worden sei, denn dazu habe die Stadtverordnetenversammlung eindeutige Beschlüsse gefasst. Im Weiteren möchte er mehr Informationen zu dem im Punkt 4.1 der Mitteilungsvorlage aufgeführten Projekt der Mehrzwecksporthalle Sport- und Freizeitstandort Luftschiffhafen haben, da dies ein wichtiges Projekt sei.

Bezüglich der Frage zum Wissensspeicher verweist der Oberbürgermeister auf die entsprechenden Beschlüsse zur Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek. Eine Konzentration in Form eines Wissensspeichers gehe aber über diese Funktion hinaus. Allein darauf sei die „vorsichtige Formulierung“ bezogen. Herr Goetzmann ergänzt, dass die Höhe des Eigenanteils für die Inanspruchnahme einer Förderung eine entscheidende Rolle spiele und man demzufolge die Fördersätze kennen müsse.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Bericht zur EU-Wasserrahmenrichtlinie
gemäß Vorlage: 07/SVV/0094**

Frau Kluge informiert darüber, dass dazu keine Aussagen getroffen werden können, weil die Auswirkungen auf die Stadt noch nicht bekannt seien.

**zu 6.4 Zwischenbericht zum aktuellen Sachstand der Umsetzung der im "Battis-Bericht" aufgezeigten Empfehlungen
(aus der Sitzung vom 11.07.2007)**

zu 6.4.1 Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen des "Battis-Berichtes"

Vorlage: 07/SVV/0657

Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung und Bauen

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegende Mitteilungsvorlage und betont, dass darüber hinaus eine ausführliche Stellungnahme gegeben werden sollte. Durch den vorgezogenen Sitzungstermin des Hauptausschusses, befinden sich jedoch Frau Dr. von Kuick-Frenz und Herr Drost (Firma complan) noch im Urlaub. Er schlägt deshalb eine umfassende Diskussion in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vor.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann zwei aktuelle Ergänzungen zur o. g. Mitteilungsvorlage. Diese beziehe sich zum einen auf die Ausgestaltung einer Clearingstelle in der Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen, wozu ein Konzept erarbeitet und bis Ende September 2007 vorgelegt werde. Derzeit werde an der Beschreibung der Aufgaben und an der Darstellung der organisatorischen Sicherstellung gearbeitet. Die Clearingstelle sei auf eine Lösungsorientierung im Einzelfall sowie auf eine Lösungsorientierung für die Zukunft als Input für ein kontinuierliches Qualitätsmanagement ausgerichtet. Sie soll einerseits grundsätzlich im vorgenannten Rahmen des Beschwerdemanagements in Einzelfällen Problemlösungen herbeiführen und andererseits häufiger auftretende Unzufriedenheiten auswerten, um eine Rückkopplung zur Prozessoptimierung zu erreichen. Dafür sei die Einbeziehung eines externen Mediators geplant, z.B. dann, wenn die Fronten verhärtet seien und ein besonderes öffentliches oder städtisches Interesse an der Realisierung des Vorhabens bestehe oder der Antragsteller es ausdrücklich wünsche und dies sinnvoll erscheine. Über eine sinnvolle Kostenteilung zwischen Antragsteller und Stadt sei noch nachzudenken.

Im Weiteren ergänzt Herr Goetzmann den Punkt 1.3 „Organisatorische Umsetzung“ der o.g. Mitteilungsvorlage und verweist auf einen Workshop mit einem Großteil der Führungskräfte des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz und des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Bauen Anfang August d. J. sowie eine Befragung von Führungskräften und Mitarbeitern, um einen Input für die weitere Diskussion zu bekommen. Derzeit sei man bei der Auswertung der Ergebnisse.

Herr Krause fragt nach, ob sich seitens der Verwaltung darüber Gedanken gemacht worden sei, ein „innerbetriebliches Frühwarnsystem“ aufzubauen und empfiehlt, die Hinweise aus dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden ernst zu nehmen, bevor große Probleme entstehen. Frau Bankwitz verweist auf den Antrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP zum Dokumentenmanagement, wovon die gesamte Verwaltung betroffen sei. Es sollte nach einer kompakten technischen Lösung gesucht werden, um allen beteiligten Bereichen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Dem entgegnet Herr Goetzmann, dass es nicht um die Frage des Dokumentenmanagements, sondern um die technische Unterstützung der Verfahrensabläufe sowie die Herstellung des Verbundes zwischen den einzelnen Verfahren gehe. Noch gebe es keine endgültige Lösung; das sei als ein Aspekt aufgeführt worden, der zu prüfen sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass man sich schon mehrfach mit der Situation im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen beschäftigt habe und es um die konsequente Umsetzung von Veränderungen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gehe. Dazu werde die Fraktion DIE LINKE auch noch konkrete Vorschläge unterbreiten. Bezug nehmend auf die Berichterstattung in der MAZ am 15.07.2007 fragt er nach, ob diese zutreffend sei. Im Weiteren wolle er wissen, was bezüglich der Baumfällungen „abgelaufen“ und wie der Stand bezüglich des Disziplinarverfahrens gegen Frau Dr. von Kuick-Frenz sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die in der MAZ gegebene Information bezüglich der Absetzung von Mitarbeitern nicht zutreffend sei. Die Luftbildauf-

nahmen der Villa Gericke bilden den derzeitigen Baumbestand ab und nicht wie behauptet den vor den Fällungen. Die Frage zum Disziplinarverfahren werde er im nicht öffentlichen Teil beantworten. Zur Zeitschiene informiert Herr Goetzmann, dass der Oktober 2007 für unmittelbare Maßnahmen an zentralen und wichtigen Stellen und das Frühjahr 2008 für längerfristige Maßnahmen vorgesehen seien.

Im Battis-Bericht, so Herr Schüler, sei festgestellt worden, dass die benannten Probleme auf die fehlende Kommunikation der Bereiche zurückzuführen sei. Dies könne man mit einem Dokumentenmanagement aus der Welt schaffen. Er spricht sich gegen Einzellösungen aus, da die Gefahr bestehe, dass Schnittstellen nicht kompatibel seien. Mit einem Dokumentenmanagement könnte auch das zweite Problem, nämlich das der Aktenführung, ebenfalls beseitigt werden, da diese wiederum für eine wirksame Kontrolle und Information benötigt werden.

Frau Kirchner bittet um nähere Informationen zur Clearingstelle, so z.B. mit welchen Wirkungen diese tätig werden solle. Sie meine, es gebe Rechtsformen, wo sich eine Clearingstelle nicht einbinden lasse. Herr Goetzmann bestätigt, dass die Clearingstelle nicht im förmlichen Verfahren wirksam werden könne. Trotzdem soll es für die, die den förmlichen Rechtsbehelfsweg wählen, möglich sein, die Clearingstelle zu nutzen und umgekehrt. Nun müsse man sich Gedanken machen, wie beides mit Querverbindungen versehen werden könne. Der Anruf der Clearingstelle solle für entscheidungsreife bzw. für entschiedene Vorhaben erfolgen.

Abschließend merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass die Stadtverordnetenversammlung Schlussfolgerungen aus dem Battis-Bericht ziehen solle und ein entsprechender Vorschlag seiner Fraktion im September vorgelegt werde.

**zu 6.5 Direktabrechnung Straßenreinigung;
Synopsis Straßenreinigung, Vergleich zwischen Landeshauptstadt Potsdam
und Stadtwerke Potsdam**
(aus der Sitzung vom 11.07.2007)

zurückgestellt bis zur Sitzung am 12.09.2007

neu Information zur geplanten Strompreiserhöhung

Der Oberbürgermeister merkt eingangs an, dass die Ankündigung der Erhöhung der Strompreise zu Reaktionen bei den Bürgern aber auch den Fraktionen der StVV geführt habe. Er bittet Herrn Paffhausen, die Zusammenhänge sowie die Gründe und die Effekte zu erläutern.

Herr Paffhausen erläutert an Hand visueller Darstellungen die Strompreisentwicklung 2000 – 2007 und geht dabei auf die Zusammensetzung der Strompreise, die Entwicklung der Energiekosten, die Kostenentwicklung von Steuern und Abgaben, die Entwicklung der Netzkosten, die Gründe der Strompreiserhöhung, Vergleiche mit anderen Anbietern, die Vorteile der EWP und die Gewinnverwendung durch die EWP ein.

Frau Kirchner betont in ihren Ausführungen, dass die Fraktion Die Andere die Zusammensetzung der Strom- und Gaspreise mehrfach hinterfragt habe. Sie wolle wissen, welche Umfänge die Quersubventionierungen haben und sie wolle eine durchgängige Darstellung der Strompreisentwicklung. Der sich noch im Geschäftsgang befindende Antrag der Fraktion Die Andere bleibe bestehen, um eine Transparenz bei der Preisentwicklung zu bekommen.

Der Oberbürgermeister verweist auf eine für die Sitzung der StVV im September ausgereichte Mitteilungsvorlage, in der sehr umfangreich zu diesem Thema infor-

miert werde. In der Sitzung des Hauptausschusses am 12. September sei das Thema sowieso wieder auf der Tagesordnung.

Frau Bankwitz findet es „bedauerlich“, dass die Stadtverordneten erst Informationen erhalten, wenn die Preiserhöhung feststehe. Sie hätte sich hier eine andere Zusammenarbeit gewünscht und zukünftig sollte aktiver mit solchen Themen umgegangen und die Stadtverordneten besser informiert werden. Das ermögliche auch einen besseren Umgang mit diesem Thema in der Stadt und bei den Bürgern selbst. Das falle ihr auch nach der heutigen Information schwer.

Herr Scharfenberg meint, dass es in der Vergangenheit Grundsatz gewesen sei, die Preiserhöhungen im Aufsichtsrat intensiv zu diskutieren. Die jetzt vorhandene Sensibilität zeige sich in der Reaktion der Betroffenen. Da die Strompreise jetzt faktisch freigegeben seien, haben die Stadtverordneten eine Verantwortung, Erhöhungen transparent zu machen und auch darüber nachzudenken, die Strompreise einzufrieren. Die Stadtverordneten sollten Kontrollmechanismen sichern und Vorgaben für Strompreiserhöhungen geben. Er fragt nach den angekündigten Tarifänderungen und wie viele Bürger diesbezüglich von Verbesserungen und wie viele von den Verschlechterungen betroffen seien. Diese Untersuchungen, so Herr Paffhausen, wurden gemacht; die Zahlen werden nachgereicht.

Herr Schubert kritisiert, dass die Stadtverordneten die Informationen aus der Zeitung erfahren haben und fordert einen Modus, der den Stadtverordneten einen Zugang zu derartigen Informationen möglich macht. Bezogen auf den Vorschlag des Einfrierens der Strompreise gibt er zu bedenken, dass die Stadtverordneten nicht die Rolle der Genehmigungsbehörde einnehmen können – es gebe auch Grenzen für ihren Einfluss.

Frau Kirchner betont nochmals, dass sie eine höhere Transparenz erwarte, da dies auch eine gute Werbung für die EWP sei.

Herr Schüler meint, dass es für Preiserhöhungen keinen günstigen Zeitpunkt gebe; die Stadtverordneten aber wissen sollten, was auf sie zukommt. Er spricht sich für einen steuerlichen Querverbund in den Stadtwerken aus, weil damit Leistungen finanziert werden, die allen Potsdamern zugute kommen.

Herr Bretz schließt sich der Kritik bezüglich der Information an die Stadtverordneten an und fragt, mit welchen Preiserhöhungen in den nächsten 2 - 4 Jahren zu rechnen sei. Herr Paffhausen verweist in seiner Antwort darauf, dass die anderen Stromanbieter spätestens Anfang nächsten Jahres auch nachziehen werden und er keine „wirkliche Prognose“ geben könne, er aber davon ausgehe, dass es auf absehbare Zeit „ruhig bleiben“ werde.

zu 6.6 Einsatz eines Sozialarbeiters an der Fontane-Schule

auf Antrag Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg informiert über den Hintergrund der Problematik, der darin bestehe, dass die Fontane-Schule zwei Klassen aus der zum Schuljahresende geschlossenen Marie-Curie-Schule aufnehme, der Schulsozialarbeiter der Marie-Curie-Schule aber an die Priesterweg-Schule wechsele. Anliegen sei es, den Schulwechsel durch den Schulsozialarbeiter übergangs-, stunden- oder tageweise begleiten zu lassen, da es sich um Klassen mit „Problemkindern“ handle.

Frau Fischer informiert, dass mit der Schließung der Marie-Curie-Schule zum Schuljahresende 2006/2007 zwei Klassen mit ca. 50 Schülern an die Fontane-Schule und die Schulsozialarbeiterin an die Priesterweg-Schule in Drewitz wechseln. Bei den Schülern der beiden genannten Klassen handle es sich jedoch nicht um „Problemkinder“, denn nur 3 der Schüler hätten Beratungsbedarf gehabt. Um den Schulwechsel zu erleichtern, gab es Ende des Schuljahres ein „Kennenlernen-Treffen“. Im Weiteren sei der neue Schulleiter der Fontane-Schule Herr Degenkolbe, der bisher die Marie-Curie-Schule geleitet habe und die Schüler kenne. Darüber hinaus wechseln auch 3 LehrerInnen der Marie-Curie-Schule

mit den Schülern an die Fontane-Schule. Diese Rahmenbedingungen werden als ausreichend betrachtet und damit kein weiterer Handlungsbedarf gesehen – das „Paket für die Fontane-Schule sei gut geschnürt“. Das Jugendamt erarbeite derzeit eine Analyse zum tatsächlichen Bedarf von Schulsozialarbeitern an Potsdamer Schulen, die den Stadtverordneten demnächst vorgestellt werde. Daran anschließend informiert der Oberbürgermeister, dass drei weitere Schulsozialarbeiter baldmöglichst – jedoch bis spätestens Oktober d. J. auf der Grundlage des Prüfaustrages der Fraktion SPD eingesetzt werden sollen.

Herr Schubert meint, man solle sich diese Analyse anschauen und dazu den Standpunkt der einzelnen Schulen hören. Erst danach sollten weitere Entscheidungen getroffen werden. Frau Dr. Müller verweist darauf, dass diese positive Entwicklung nicht Verdienst der Verwaltung, sondern der engagierter Leute um den neuen Direktor sei. Bezüglich der zahlreichen Schulschließungen sollte überlegt werden, wie dieser Prozess begleitet werden könne und nicht dem Selbstlauf überlassen bleibe. Von den geführten Gesprächen, gebe es Protokolle mit den beratenen inhaltlichen Problemen. Sie schlägt vor, diese an die Fraktionen auszureichen, damit alle den gleichen Wissensstand haben. (Die Protokolle werden dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.) Herr Bretz verweist auf die im Ausschuss für Bildung und Sport geführte Diskussion und fragt nach, ob die dort von der Fontane-Schule genannten Probleme auf dem Weg der Lösung seien, was der Oberbürgermeister bejaht.

zu 6.7 Radweg im Babelsberger Park

Vorlage: 07/SVV/0656

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage. Anschließend bittet Herr Schubert, die Kosten auf die drei Parkanlagen zu splitten und die Stadtverordneten dementsprechend zu informieren. Frau Kirchner fragt, ob die Erforderlichkeit des Ausbaus der Radwege geprüft wurde, so wie es die Fraktion Die Andere gefordert habe. Herr Goetzmann verneint dies mit der Begründung, dass das nicht der Auftrag an die Verwaltung gewesen sei. Der Oberbürgermeister betont, dass es sich um die Schiebestrecken handle und um die Frage, wie und mit welchen Mitteln ein Ausbau erfolgen solle. Deshalb empfehle er, den Workshop im Oktober 2007 abzuwarten. Darin einbezogen, so Herr Goetzmann, sei aber auch eine Alternative für die Radfahrer, nämlich um den Park herum.

Herr Dr. Scharfenberg fordert, dass im Rahmen dieses Workshops die Frage offen diskutiert werde, ob das Kostenargument im Vordergrund stehe oder nicht. Dem entgegnet Herr Schubert, dass Herr Prof. Dorgerloh das Kostenargument schon mehrmals deutlich benannt habe und empfiehlt ebenfalls, den Oktober abzuwarten. Frau B. Müller fragt, ob den Fraktionen zu diesem Workshop ein so genannter Beobachterstatus eingeräumt werden könne, was sich im Laufe der Diskussion jedoch erübrigt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6.8 Pacht für Erholungsgrundstücke

auf Antrag Fraktion DIE LINKE

Herr Richter verweist auf die dazu ausgereichte schriftliche Information und führt ergänzend dazu aus, dass die begonnenen Gespräche fortgesetzt und bei erzielten Einigungen auch Festlegungen getroffen werden. In einem Fall hätte es einen „Lapsus“ gegeben, wo trotz fehlender Einigung eine Änderungskündigung erfolgt

sei. Die Pachterhöhungen auf 1,80/m² sei nach und nach im gesamten Stadtgebiet erfolgt und sei überwiegend akzeptiert worden. Sollten sich in den neuen Ortsteilen Erhöhungen um mehr als das Doppelte ergeben, werde die Anhebung über sechs Jahre in einem Stufenplan erfolgen.

Herr Bretz kritisiert in seinen Ausführungen, dass die Stadtverordneten von dieser Maßnahme keine Ahnung gehabt hätten, obwohl drei von ihnen im Kleingartenbeirat sitzen. Rein formal sei die Änderungskündigung sicherlich richtig, aber so, wie das hier erfolgt sei, könne man das nicht machen und es komme bei den Bürgern auch falsch an. Die von Herrn Richter genannte Stufenvariante sei der Vorschlag aus dem letzten Hauptausschuss gewesen. Die Stadt hätte sich hier viel Ärger ersparen können, wenn das besser durchdacht worden wäre. Außerdem sollte man auch jetzt noch die Gerechtigkeit im Auge behalten zwischen denen, die die Pachterhöhung bereits angenommen haben und denen, den Nachverhandlungen angeboten wurden. Herr Schubert verweist auf seinen Vorschlag, ein Prozedere im Hauptausschuss zu finden, um Preiserhöhungen zu kommunizieren und die Stadtverordneten entsprechend zu informieren. Er fragt nach, inwieweit das Angebot des VGS berücksichtigt wurde, die Erholungsgärten in einem Generalpachtvertrag zu übernehmen. Darauf antwortet Herr Richter, dass es Kontakte zum VGS gegeben habe, bisher aber keine Reaktion seitens des VGS erfolgt sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diese Diskussion eine „Vorgeschichte“ habe, denn auch von anderen Pächtern habe es gegen die Pachterhöhungen Widersprüche gegeben. Diese seien abgelehnt und damit „sei der Faden abgeschnitten worden“. Er fragt, welche Rolle die Stadt bei der Preisentwicklung der Pacht spiele und auf welcher Grundlage die 1,80 € festgelegt wurden. Ihn interessiere, wie dieser Preis belegt, objektiviert und dabei Unterschiede berücksichtigt wurden, denn laut Gutachterstelle sei ein Durchschnitt von 1,04 € in Potsdam gegeben. Auch die soziale Komponente könne man nicht „wegdrücken“ und er frage sich auch, wie mit den Pächtern umgegangen werde, die die Erhöhung angenommen haben. Die Verwaltung der Erholungsgärten durch den VGS sei nach wie vor möglich; hier müsse die Stadt noch einmal „nachhaken“.

Herr Richter erläutert, dass die Stadt über ca. 700 Grundstücke dieser Art verfüge und es dabei natürlich zu Pächterwechseln komme. Seit 2004 wurden 200 Grundstücke zu 1,80 €/m² neu verpachtet und diese seien hier Vergleichsgrundstücke. Insgesamt seien nur 10 Grundstücke nicht verpachtet – man habe also einen geringen „Leerstand“.

Herr Krause erinnert an seinen Antrag im Werksausschuss des KIS, sich mit dieser Thematik zu befassen, der aber u. a. von Herrn Schubert abgelehnt worden sei. Er meine, man müsse sich fragen, ob der KIS dieser Aufgabe gewachsen sei. Herr Schubert entgegnet, dass es sich nicht um eine prinzipielle Begleitung sondern um ein Eingreifen in einen Rechtsstreit gehandelt habe und insofern nicht korrekt dargestellt sei.

Frau Bankwitz betont, dass es die Aufgabe des KIS sei, ortsübliche Preise anzusetzen. Die unterbreiteten Vorschläge zur Relativierung der Erhöhungen seien gut und jetzt seien nur noch 136 Erhöhungsverträge offen. Sie habe mehr Probleme mit den Strompreiserhöhungen, weil von denen alle betroffen seien. Frau B. Müller merkt an, dass in der schriftlich ausgereichten Information darauf verwiesen wurde, dass es sich bei den Pachterhöhungen um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. Sie sei trotzdem der Meinung, dass die Stadtverordneten das Recht hätten, informiert zu werden und die Angelegenheit zu hinterfragen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nochmals nachdrücklich, wie der KIS auf die Pacht Höhe von 1,80 € gekommen sei und fordert, die Verantwortung sensibler wahrzunehmen. Es sei ungerecht, denen, die sich wehren, Angebote zu machen und

die, die dazu nichts sagen „abzukassieren“. Der Vorschlag müsse tragfähig und nachvollziehbar sein.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass der Markt die Preise bestimme und ein Gutachter die Grundstücke in's Verhältnis setze. Er schlage vor, bei den 1,80 € zu bleiben und bei einer Erhöhung von mehr als 100 % eine stufenweise Anpassung vorzunehmen. Herr Exner führt aus, dass die Stadt gehalten sei, diesen Pachtpreis zu nehmen, der zusammen mit der kommunalen Bewertungsstelle festgelegt wurde. Die 1,80 €/m² seien eine Richtgröße und schon ein moderates Herangehen, weil eigentlich eine 2 vor dem Komma stehen müsste. Nun müsse man gucken, wo bei speziellen Bedingungen etwas zu korrigieren und Übergangsregelungen zu schaffen seien.

Herr Schüler sieht in einem Beschluss der StVV, den Pachtpreis auf unter 1,80 €/m² festzulegen, ein Problem, weil keiner wisse, wie die Differenz ersetzt werden solle. Er sei nicht dafür, einer kleinen Gruppe von Nutzern Vorteile einzuräumen.

Herr Dr. Scharfenberg möchte nachgewiesen haben, wie die kommunale Bewertungsstelle oder der Gutachterausschuss an der Festlegung der 1,80 €/m² beteiligt wurde.

Der Oberbürgermeister legt abschließend fest, die Begründung, wie der Kis auf 1,80 €/m² gekommen sei, vorzulegen und mit den Nutzern die Verhandlungen weiterzuführen.

zu 7 Sonstiges

Frau Dr. Müller fragt nach dem Stand der am 06.06.2007 beschlossenen externen Ausschreibung der Stelle des Werkleiters des KIS, sowie nach dem Stande der am 27.06.2007 beschlossenen Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereiches Zentrale Steuerung und Service.

Bezogen auf die Ausschreibung der Stelle des Werkleiters des KIS antwortet Herr Exner, dass die Ausschreibung vorbereitet sei und in der nächsten Woche veröffentlicht werde. Dies erfolge erst jetzt, weil Personalberater empfohlen haben, dies nicht während der Sommerpause zu tun.

Zur Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereiches Zentrale Steuerung und Service werde in der ersten oder zweiten Hauptausschusssitzung im September über die Kosten, das Verfahren etc. informiert.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann es eine Information zum Tierheim gebe, verweist der Oberbürgermeister auf die für die Sitzung der StVV am 05.09.2007 vorbereitete Mitteilungsvorlage.

Frau Bankwitz bezieht ihre Frage auf die dem Protokoll beigefügte Stellungnahme der Denkmalpflege zum Teilabbruch der Stadtmauer, wo im letzten Absatz stehe, dass die Untere Denkmalschutzbehörde „bereits“ am 08.02.07 die fehlende Eintragung mitgeteilt habe. Das überrasche sie, weil das ebenfalls beigefügte Schreiben der Unteren Denkmalschutzbehörde mit dem 09.02.07 datiert sei. Sie schlägt vor, wenigstens das Wort „bereits“ dem ersten Schreiben zu entfernen, da das ansonsten nicht nachvollziehbar sei.